

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

Oktober 2015

www.kas.de

Austausch mit Verwandten, die weiterhin in Syrien leben und dadurch gut informiert über die Entwicklungen in der Herkunftsregion.

Anders sieht es dagegen bei den rund 15.000 bis 20.000 christlichen Flüchtlingen aus Mosul und den Siedlungsorten in der Niniveebene aus, die vor dem Islamischen Staat geflohen sind – sie wollen und werden mit Sicherheit nicht in ihre Heimat zurückkehren.

Die Hauptursache für die Abwanderung der in Jordanien lebenden Flüchtlinge sind die Krisen und Kriege in den Herkunftsländern. Wirtschaftliche Erwägungen spielen im Verhältnis zur konkreten Verfolgungs- bzw. Bedrohungslage eine absolut untergeordnete Rolle.

Jordanier, die das Land verlassen, tun dies in der überwiegenden Mehrheit aus wirtschaftlichen Gründen. Jordanien hat bei einer ursprünglichen Bevölkerung von gegenwärtig gut 6,5 Millionen Einwohnern rund eine Million Arbeitslose und gleichzeitig rund eine Million Fremdarbeiter. Während viele der Fremdarbeiter in der Landwirtschaft, in der Industrie und im Dienstleistungssektor arbeiten, sind viele Jordanier nicht bereit in diesen Bereichen zu arbeiten.

Gleichzeitig gibt es in Jordanien auch eine große Zahl von Hochschulabsolventen, die in Jordanien keine adäquaten bzw. adäquat bezahlten Arbeitsplätze finden. Ziel dieses Personenkreises sind insbesondere die Golfstaaten, wobei im Regelfall kein Daueraufenthalt in den Golfstaaten geplant ist und die Rückkehr nach Jordanien zumindest mittelfristig zu erwarten ist. Daneben gibt es aber auch eine langsam aber stetig zunehmende Zahl von Jordaniern, die in Staaten der westlichen Welt emigrieren. Viele tun das ebenfalls auf der Suche nach einem Arbeitsplatz, hinzu kommt aber, dass viele dieser Migrantinnen vor allem auch vor dem Hintergrund der Entwicklungen in den Nachbarländern Syrien und Irak kein Vertrauen mehr in den dauerhaften Fortbestand von Stabilität und Sicherheit in Jordanien haben. Bei den Angehörigen der christlichen Minderheit ist eine vergleichsweise stärkere Tendenz zu verzeichnen in ein Land der westlichen Welt zu emigrieren bzw. die Emigration vorzubereiten.

Libanon

Peter Rimmele (02.09.2015)

Libanon ist von je her ein Aufnahmeland für Migranten (vor allem Armenier im Jahr 1915, Palästinenser seit 1948, Iraker seit 2003). In den letzten Jahren – seit Ausbruch der Syrienkrise – haben die Diskussionen in den Medien zugenommen. Dennoch ist die libanesische Bevölkerung vorrangig mit anderen Problemen beschäftigt. Dies zeigt sich auch dadurch, dass die Meinungsäußerungen es fast nie auf die erste Seite der Zeitungen schaffen.

In sozialen Netzwerken wie Facebook ist die Haltung gegenüber Flüchtlingen weitestgehend offen. Es haben sich viele Gruppen wie zum Beispiel Libanese for Refugees oder Helping the Syrian Refugees gegründet, die über die Plattform Hilfe organisieren und über die Lage informieren. Auch UNHCR Libanon findet positiven Zulauf im Internet.

Durch die Syrienkrise haben sich die libanesische Bevölkerung sowie politische Parteien in zwei Lager gespalten: Einige alteingesessene Politiker nutzen die Situation, um den Syrern alle chronischen, vor allem die wirtschaftlichen Probleme des Landes anzukreiden und sich ihrer Verantwortung zu entziehen. Andere täuschen Hilfsbereitschaft aus humanitären Gründen vor, um die billigen Arbeitskräfte (vor allem im Bau- und Landwirtschaftssektor) nicht zu verlieren. Dabei werden alle Augen vor fehlenden Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen verschlossen.

Deutschlands Unterstützung vor Ort durch Wasserversorgung, Nahrungsmittelhilfe und Schulen wird mit Wohlwollen angesehen, auch wenn die Not sehr groß ist und auf Grund der fehlenden Unterstützung durch andere Länder das Elend nicht in den Griff zu bekommen ist. Von insgesamt 1,15 Milliarden Euro zugesagter Finanzhilfen bis ins Jahr 2017 wurden bereits 980 Millionen Euro ausgezahlt, 250 Millionen an den Libanon seit 2012. Damit gehört

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

Deutschland zu den größten Geberländern. Die internationalen Hilfszusagen belaufen sich auf mehrere Milliarden Euro. In Anbetracht der horrenden Flüchtlingszahlen und der damit verbundenen finanziellen Herausforderungen ist diese Summe allerdings relativ. Auch die Aufnahme von rund 120.000 syrischen Flüchtlingen, die im Vergleich zur Anzahl im Libanon fast zu belächeln ist, macht Deutschland zu einem der wenigen Länder, das seinem Versprechen nachkommt und tatsächlich handelt.

Bilaterale Verhandlungen zur Entwicklungszusammenarbeit finden seit 1998 nicht mehr statt, da Libanon (laut BMZ) kein Partnerland mehr ist. Von der Deutschen Botschaft geleitete EZ-Runden werden mit den Stiftungen und den deutschen Durchführungsorganisationen vor Ort geführt. Das Thema Migration wird als humanitäre Krise, die aber zunehmend zu einer entwicklungspolitischen Krise wird, betrachtet und muss dementsprechend mit mittel- und langfristigen Lösungsansätzen bedacht werden.

Im März 2015 hat die EU auf einer Geberkonferenz in Kuwait 1,15 Milliarden Euro Hilfgelder für die Opfer des Bürgerkriegs in Syrien zugesagt. Weitere 3,5 Milliarden Euro kommen von anderen Geldgebern der Weltgemeinschaft. Die Vereinten Nationen haben die benötigte Summe für humanitäre Hilfe in Syrien dieses Jahr mit 8,4 Milliarden Dollar beziffert, davon 5,5 Milliarden für Flüchtlinge und 2,9 Milliarden für die Menschen im Land selbst.

255 Millionen Euro kommen allein aus Deutschland, hiervon werden 155 Millionen Euro für Entwicklungshilfe und 100 Millionen Euro für humanitäre Hilfe verwendet. Mit deutscher Unterstützung können allein in Libanon 80.000 Kinder zur Schule gehen. Zudem haben die deutschen politischen Stiftungen, wie die anderen internationalen Organisationen, seit 2013 vermehrt syrienzentrierte Programme und Projekte eingeführt.

Der große Zustrom von Flüchtlingen in den Libanon hat schwerwiegende Auswirkungen auf die politische und sozio-ökonomische Situation des Landes und führt zu zunehmender Instabilität. Dennoch sind die Solidarität, Aufnahmebereitschaft und herzliche Gastfreundschaft in der libanesischen Gesellschaft weit verbreitet. Gründe dafür sind Verwandtschaftsbeziehungen und politische Allianzen über die Grenze hinweg sowie die Tatsache, dass viele Libanesen in der Vergangenheit selbst schon einmal Zuflucht in Syrien gefunden haben. Die gesellschaftlichen Spannungen nehmen allerdings mit der Konkurrenz auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt stark zu. Auch die Wirtschaft ist durch den Krieg in Syrien stark beeinträchtigt. Mieten steigen, Arbeitsplätze sind schwerer zu finden und öffentliche Dienstleistungen sind überlastet. Besonders in weniger gut bezahlten Jobs kommt Konkurrenz auf. Syrische Flüchtlinge sind bereit, oder besser gezwungen, für Hungerlöhne zu arbeiten. Umgekehrt spüren viele Flüchtlinge, dass sie bei der Arbeitssuche zunehmend Diskriminierung ausgesetzt sind. Daneben stellt das Teilen der bereits knappen und zerbrechlichen natürlichen Ressourcen wie Land, Wasser und Wälder eine enorme Herausforderung dar, insbesondere in Ortschaften, in denen der Anteil syrischer Flüchtlinge höher als der der eigenen Bevölkerung ist.

Die weiterhin bestehende, offenherzige Aufnahmekultur des Landes mischt sich zuweilen mit Groll und Rassismus aus früheren Zeiten, in denen die syrische Armee das Land „besetzt“ hielt (1976 – 2005), nicht zuletzt, weil die Krise in Syrien bereits länger als 4 Jahre andauert und kein Ende in Sicht ist. Es schreit also nach einer internationalen und reflektierten Politik, die nach langfristigen Lösungen sucht und diese auch durchsetzt. Die libanesischen Bevölkerung ist sich zumindest, auch durch schlechte Erfahrungen mit den palästinensischen Flüchtlingen, die versucht hatten, während des libanesischen Bürgerkriegs (1975 bis 1990) einen Staat im eigenen Staat zu gründen, einig, den syrischen Flüchtlingen keine dauerhafte Bleibe bieten zu wollen.

Die Hauptursachen für Migration aus dem Libanon sind vor allem Krieg und die Sicherheitslage, aber in einem kleineren Umfang auch die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation vor Ort. Aufnahmebereitschaft in den Nachbarländern ist gegeben, aber meistens haben die Flüchtlinge dort kein Recht auf Arbeit (wie im Libanon) und keinen einfachen Zugang

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

zum Bildungswesen. Hoffnungslosigkeit treibt die Flüchtlinge weiter. Da die meisten Flüchtlinge ein sehr positives Bild von Deutschland als industrielles und Wohlstandsland mit dem größten Flüchtlingskontingent, haben, wird es als Zufluchtsort ausgesucht. Falls es nicht direkt über die deutsche Botschaft erreicht werden kann, begeben sich die Geflüchteten zunächst in die Türkei, um von dort später nach Deutschland zu gelangen.

Marokko

Dr. Helmut Reifeld (27.08.2015)

Marokko gehört zu den Ländern, die seit langem sehr stark sowohl vom Zuzug als auch vom Transit und von der Ausreise von Menschen geprägt worden sind. Aktuell handelt es sich überwiegend (ca. 80 Prozent) um frankophone Migranten aus Subsahara-Afrika, deren primäre Zielländer Spanien, Frankreich und Belgien sind. Die meisten von ihnen halten sich lange, oft jahrelang in Marokko auf. Nicht wenige bleiben auf Dauer. Eine Sonderrolle spielen seit etwa zwei Jahren die Flüchtlinge aus Nahost, vor allem aus Syrien, die demgegenüber wesentlich schneller den „Sprung“ nach Europa schaffen.

Die beiden einzigen „Sprungbretter“ sind die spanischen Exklaven Ceuta und Melilla. Alle Versuche, selber den direkten Seeweg zu nehmen, sind zum einen extrem gefährlich, zum anderen scheitern sie an der sehr dichten marokkanischen Küstenwache/Seenotrettung, die umfassend von Spanien/der EU finanziell unterstützt wird. Sollte ausnahmsweise die spanische Seenotrettung in Aktion treten müssen, bedeutet das für die Flüchtlinge, dass sie nicht wieder auf der marokkanischen Seite abgesetzt werden, sondern auf dem spanischen Festland.

An den Zäunen von Ceuta und Melilla hat es 2014 insgesamt 70 Erstürmungsversuche (bis zu 800 Migranten gleichzeitig) gegeben. Dabei waren 12.500 Menschen erfolgreich (i.d.R. die jungen, männlichen und sportlichen); rund 15.000 wurden wieder in ihre Herkunftsländer abgeschoben. Die meisten Syrer schaffen es, da sie nicht auf den ersten Blick von Marokkanern zu unterscheiden sind, mit gestohlenen oder oberflächlich gefälschten Pässen, die regulären, offiziellen Grenzübergänge zu passieren, über die jeden Morgen tausende von marokkanischen Händler und Arbeiter visafrei in die Exklaven strömen. 3.305 Syrer waren auf diese Weise 2014 erfolgreich.

Zur prekären Lage der Flüchtlinge

Der physische und psychische Zustand insbesondere derjenigen Migranten, die bereits mehrere Erstürmungsversuche hinter sich haben und sich illegal in Marokko aufhalten, ist oft von schweren Verletzungen, von Traumata, Exklusion und Diskriminierung gekennzeichnet. Sie sind in einem großen Ausmaß sowohl alltäglicher Gewalt als auch nicht selten offenem Fremdenhass und verstecktem Rassismus ausgesetzt. Obwohl die Kooperation zwischen der spanischen und der marokkanischen Polizei sehr eng ist, werden die Rechte von Migranten und selbst von Flüchtlingen oft ignoriert. Es kommt bei Einsätzen immer wieder zu Menschenrechtsverletzungen, die Gesundheitsstandards müssen als menschenunwürdig bezeichnet werden. Am schwersten trifft es Frauen und Kinder. Der größte Anteil dieser Gewalt geht von marokkanischen Sicherheitskräften aus. Viele leiden unter Langzeitschäden, fühlen sich stigmatisiert und sehen sich zum Betteln gezwungen. Während sie in den vergangenen Jahren häufig im Niemandsland der algerischen Grenze abgeschoben – und danach wieder zurück abgeschoben – wurden, werden sie inzwischen auf die marokkanischen Großstädte verteilt.

Neue Initiativen der Integration

Um diese prekäre Situation zu entspannen und das international relativ positive Image des Landes nicht weiter zu beschädigen, ließ der König im September 2013 eine neue Asyl- und Einwanderungspolitik verkünden, deren Ziel vor allem die Legalisierung einer nicht unerheblichen Zahl von illegalen Migranten aus den Subsahara-Staaten sein sollte. Die Motive und